AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 02.04.2026 | Julia Engels

Zurück zur Kontrolle

Nicht Irans nukleare Fähigkeiten sind das größte Risiko, sondern das schwindende Wissen darüber.

Die Debatte über das iranische Atomprogramm folgt seit vielen Jahren einem vertrauten Muster: Im Mittelpunkt stehen technische Fragen: Anreicherungsgrade, Zentrifugen, eventuelle Durchbruchzeiten. Während sich das mediale Augenmerk auf messbare Fortschritte richtet, gerät eine andere Entwicklung zunehmend aus dem Blick: Die internationale Kontrolle über das Programm schwindet. Genau hier liegt die eigentliche sicherheitspolitische Gefährdung. Nicht unbedingt darin, was der Iran kann – sondern, dass wir es immer weniger eindeutig wissen. Sicherheitspolitische Stabilität entsteht nicht ausschließlich durch Begrenzung von Fähigkeiten, sondern vielmehr durch deren Berechenbarkeit.

Zwar haben die militärischen Angriffe das iranische Nuklearprogramm spürbar zurückgeworfen. Anlagen wurden erheblich beschädigt, Lieferketten gestört, technisches Personal in Bedrängnis gebracht. Kurzfristig dürfte Teheran nur eingeschränkt in der Lage sein, seine Urananreicherung auf hohem Niveau fortzuführen. Wer allein auf diese technischen Rückschläge schaut, könnte zu dem Schluss kommen, dass die Bedrohung vorerst überschaubar ist.

Dennoch greift diese Perspektive zu kurz. Nukleare Proliferation ist nicht bloß ein technisches, sondern vor allem ein militärstrategisches Thema. Ausschlaggebend ist nie allein, über welche Fähigkeiten ein Staat verfügt, sondern ob diese Fähigkeiten beobachtbar, überprüfbar und in ein diplomatisches Regelwerk eingebettet sind. Gerade diese Einbettung löst sich aktuell allmählich auf.

Jahrzehntelang beruhte der Umgang mit dem iranischen Atomprogramm auf einem fragilen Gleichgewicht: limitierte Fortschritte auf der einen Seite, internationale Überwachung auf der anderen. Dieses Arrangement war zu keiner Zeit stabil, schuf aber ein Mindestmaß an Transparenz und Vorhersehbarkeit. Inspektionen, Datenerhebung und diplomatische Kanäle ermöglichten es, Entwicklungen einzuordnen und Risiken zumindest partiell zu kontrollieren. Diese Kontrollmethode

bedeutete nie vollständige Sicherheit, aber sie begrenzte die Unsicherheit erheblich.

Die Dynamik der Eskalation: Nicht gesicherte Erkenntnisse treiben Entscheidungen, sondern potenzielle Risiken.

Mittlerweile ist davon wenig übrig. Die Internationale Atomenergieorganisation hat in zentralen Bereichen kaum noch Zugang zu iranischen Anlagen. Überwachungstechnik wurde entfernt, wichtige Daten fehlen oder sind nicht mehr kontinuierlich verfügbar. Dadurch verändert sich nicht nur die Quantität des Wissens, sondern seine Qualität. Was einst überprüfbar war, wird immer häufiger zur Annahme. Aus belastbaren Informationen werden Interpretationen, aus Analyse wird Spekulation. Diese Verschiebung hat weitreichende sicherheitspolitische Folgen. Schließlich reagieren Staaten auf Unsicherheit nicht neutral, sondern strategisch. Sie orientieren sich im Zweifel an den gefährlichsten plausiblen Szenarien. Hier liegt die Dynamik der Eskalation: Nicht gesicherte Erkenntnisse treiben Entscheidungen, sondern potenzielle Risiken.

Für Israel heißt diese Situation primär eines: wachsender Handlungsdruck. Je geringer die Transparenz über das iranische Atomprogramm, desto komplexer wird es, Bedrohungen verlässlich einzuschätzen und desto größer wird die Versuchung, präventiv zu handeln, bevor sich etwaige Risiken verfestigen. Saudi-Arabien wiederum könnte sich zukünftig gezwungen sehen, eigene nukleare Optionen mitzudenken oder sicherheitspolitische Garantien von außen zu vertiefen. Die Unsicherheit über Iran wirkt unmittelbar auf die nuklearpolitischen Kalküle anderer regionaler Akteure. Auch die Türkei beobachtet die Entwicklung äußerst aufmerksam. Sollte sich die Wahrnehmung verstärken, dass sich das regionale Machtgefüge dauerhaft verschiebt und internationale Kontrollsysteme an Wirkung verlieren, könnte dies auch dort zu einer Neubewertung strategischer Optionen führen.

Dadurch verändert sich die Logik des Konflikts elementar. Nicht nur reale Fortschritte werden entscheidend, sondern die Unsicherheit über diese Fortschritte. Wahrnehmungen gewinnen gegenüber Fakten an Gewicht und Worst-Case-Annahmen werden zur hauptsächlichen Handlungsgrundlage. In einer solchen Lage steigt das Risiko präventiver Schläge, überhasteter Entschlüsse sowie unbeabsichtigter Eskalationen

erheblich.

Hinzu kommt, dass sich für den Iran selbst die strategischen Anreize verschieben. Solange Kooperation mit internationalen Kontrollapparaten wirtschaftliche und finanzielle Vorteile versprach, bestand zumindest ein begrenzter Anreiz zur Transparenz. Diese Motivation ist weitgehend geschwächt, nicht zuletzt durch anhaltenden Druck und militärische Konfrontation. Zeitgleich wächst die politische Tragweite nuklearer Fähigkeiten, selbst wenn sie nicht direkt in einsatzfähige Waffen überführt werden. Maßgebend ist weniger die tatsächliche Verfügbarkeit als die Möglichkeit. Eine latente nukleare Option – verbunden mit durchdachter Intransparenz – kann diplomatische Handlungsspielräume erweitern und abschreckend wirken.

Strategische Ambiguität wird so zu einem gewichtigen Instrument. Das bewusste Offenlassen von Fähigkeiten erhöht die Unsicherheit auf Seiten potenzieller Gegner und erschwert klare Gegenstrategien. Intransparenz ist nicht lediglich ein Problem mangelnder Inspektion, sondern ein aktiver Faktor sicherheitspolitischer Kalkulation. Auf diese Weise entsteht ein paradoxes Bild: Das iranische Atomprogramm mag teilweise geschwächt sein, wird aber gleichzeitig gefährlicher, weil es sich stetig der Beobachtung entzieht und schwerer einzuordnen ist.

Diese Entwicklung bleibt keinesfalls auf die Region begrenzt. Sie hat eine massive Signalwirkung für das gesamte internationale Nichtverbreitungsregime. Wenn selbst etablierte Kontrollstrukturen an Wirksamkeit verlieren und politische Konflikte ihre Anwendung erschweren, gerät die Glaubwürdigkeit des kompletten Systems unter Druck. Für Staaten in unsicheren regionalen Umfeldern steigt die Attraktivität eigener Absicherungsstrategien. Dazu zählen längst nicht nur nationale Nuklearoptionen, sondern ebenso intensivere sicherheitspolitische Kooperationen oder innovative Formen der Abschreckung. Langfristig droht so eine schleichende Erosion der bisherigen Nichtverbreitungsordnung.

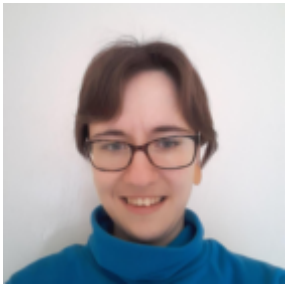
Wenn Europa handlungsfähig bleiben will, muss es gezielt an der Wiederherstellung von Kontrollmechanismen ansetzen.

Für Europa ergibt sich eine doppelte Herausforderung. Einerseits muss es auf die Risiken des iranischen Atomprogramms reagieren und eine fortwährende Eskalation verhindern. Andererseits wird deutlicher, dass eine Politik, die vorrangig auf militärische Kraft oder punktuelle Sabotage setzt, keine nachhaltige Stabilität erzeugt. Sie kann idealerweise Programme verzögern, aber sie

ersetzt keine funktionierende Überprüfung. Wenn Europa handlungsfähig bleiben will, muss es gezielt an der Wiederherstellung von Kontrollmechanismen ansetzen. Eine Initiative könnten klar definierte Vereinbarungen sein, die sich auf überprüfbare Schritte konzentrieren (z.B. die Wiederinstallation von Überwachungstechnik, die Sicherung von Datenflüssen oder den Zugang zu ausgewählten Anlagen).

Parallel sollte Europa darauf hinarbeiten, internationalen Inspektoren wenigstens zum Teil wieder Zugang zu wichtigen Informationen zu verschaffen, auch über schrittweise oder informelle Arrangements. Besonders in Zeiten hoher Spannungen können solche technischen Vereinbarungen eine relevante stabilisierende Funktion erfüllen. Deutschland, Frankreich und Großbritannien sollten ihre international federführende Rolle gezielter nutzen, um diplomatische Kanäle offenzuhalten und minimale Formen der Kooperation zu ermöglichen. Selbst wenn ein umfassendes Abkommen höchst unrealistisch erscheint, bedeutet das nicht, dass jede Art von Überprüfung verloren gehen muss.

All diese Ansätze setzen keine grundlegende geopolitische Annäherung voraus. Ihr Ziel ist bescheidener, aber fundamental: ein Mindestmaß an Transparenz wiederherzustellen und so die gefährlichste Dynamik der jetzigen Entwicklung einzudämmen. Ohne Kontrolle wächst die Unsicherheit. Und mit ihr die Wahrscheinlichkeit, dass politische Beschlüsse auf lückenhaften oder falschen Annahmen beruhen. Die größte Gefahr besteht gar nicht darin, dass der Iran stärker wird. Sondern darin, dass wir immer weniger wissen, wie stark er wirklich ist.



Julia Engels
Aachen

Julia Engels ist Politikwissenschaftlerin und promoviert an der RWTH Aachen zur internationalen Sicherheitsordnung und nuklearen Abschreckung. Ihre Schwerpunkte sind strategische Stabilität und die

normativen Grundlagen moderner Sicherheitspolitik.